

Stopp der staatlichen Bevormundung und Gebührenabzocke

Gemäss neuer Parkplatzverordnung sollen in Winterthur private und öffentliche Parkplätze nicht mehr nach den Bedürfnissen der Bevölkerung erstellt, sondern planwirtschaftlich festgelegt und massiv reduziert werden. Ziel ist, die Einwohner zum Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr zu zwingen. Wer dennoch über einen raren Parkplatz verfügt und Auto fährt, wird mit hohen Parkgebühren abgestraft. Dieses Ansinnen gilt es mit einem klaren Nein zur PPVO zu stoppen!

Winterthur: Der Winterthurer Gemeinderat hat eine neue Parkplatzverordnung verabschiedet, welche am 18. Oktober zur Abstimmung kommt. Diese ersetzt die Verordnung aus dem Jahr 1986. Die vorgesehenen Restriktionen gegen die Automobilisten gehen weit über die Empfehlungen des Kantons aus dem Jahr 1997 hinaus und führen damit zu den schweizweit einschneidendsten Massnahmen. Nachdem der Regierungsrat des Kantons Zürich im Dezember 2013 beschlossen hat, auf die Revision des Bau- und Planungsgesetzes betreffend Parkierungsregelungen zu verzichten, würde Winterthur diese Regelungen zum Alleingang einführen. Am meisten betroffen von dieser Vorlage ist die Bevölkerung, denn die Vorlage will gravierend in die Lebensgestaltung der Menschen eingreifen und diese bevormunden.

Nein zum Kampf um Anwohnerparkplätze

Bei neuen Wohnbauten wird gemäss PPVO (je nach Stadtgebiet) nur noch rund die Hälfte der Mieter einen Parkplatz haben. Mehr dürfen die Bauherren



Bestehende Arbeitsplätze in Winterthur erhalten, deshalb ein Nein zur neuen Parkplatzverordnung. Bild: pd.

nicht zur Verfügung stellen. Das ist staatliche Planwirtschaft in Reinkultur, welche mit den Bedürfnissen der Winterthurerinnen und Winterthurer weit auseinanderklafft. Damit ist das Gerangel um die öffentlichen Anwohnerparkplätze bereits vorprogrammiert. Die Folge sind Suchverkehr und Streit um die raren Plätze in den Quartieren, also unnötiger Mehrverkehr. Zudem verfügt Winterthur schon heute über die schweizweit mit Abstand höchsten Nachtparkgebühren (Winterthur 55 Franken, Zürich 25 Franken und Bern 22 Franken/Monat) für die Anwohnerparkplätze. Es braucht keine heilscheri-

chen Fähigkeiten um vorauszusagen, dass diese Gebühren nochmals steigen werden, wenn sich die Nachfrage nach Anwohnerparkplätzen als Folge der PPVO erhöht.

Nein zur Abzocke bei Freizeitsportlern

Die motorisierten Freizeitsportler sind dem links-grün dominierten Gemeinderat ein besonderer Dorn im Auto. Deshalb müsste nicht nur flächendeckend bei allen Einkaufszentren, Fachmärkten und öffentlichen Einrichtungen, sondern auch bei sämtlichen Freizeitanla-

gen mit mehr als zehn Parkplätzen eine Parkplatzbewirtschaftung eingeführt werden.

Betroffen wären beispielsweise der Sportplatz Sporrer und der Parkplatz des Tennis-Clubs LTC Winterthur, um nur zwei Beispiele zu nennen. Hohe Parkgebühren erwarten aber nicht nur die Kunden von Grossverteilern und die Nutzer von privaten und öffentlichen Sportanlagen, sondern beispielsweise auch alle Püntiker, Kirchgänger in diversen Stadtgebieten und Spaziergänger. Mit dieser Gebühren-Abzocke soll die in der Freizeit Auto fahrende Bevölkerung in Winterthur abgestraft werden.

Für die Wohn- und Arbeitsstadt Winterthur



Nein zu arbeitnehmerfeindlichen Experimenten

Auch die Kunden- und Mitarbeiterparkplätze für Gewerbebetriebe sollen massiv reduziert werden. In Neuhegi hätte ein Büro mit 400 Quadratmetern für rund 25 Mitarbeitenden noch Anspruch auf zwei Parkplätze (inkl. Besucherparkplatz). Betriebe, welche expandieren und neue Arbeitsplätze schaffen möchten, werden zudem auf der neuen Berechnungsgrundlage kaum mehr zusätzliche Parkplätze erhalten. Die planwirtschaftlichen Parkplatzzahlen entsprechen bei Weitem nicht den Anforderungen der Kunden, Mitarbeiter und Gewerbebetriebe. Die Kunden vieler KMU nutzen (insbesondere für Wochen- oder Grosseinkäufe) das Auto. Können nicht mehr genügend Parkplätze zur Verfügung gestellt werden, wandern die Konsumenten gemäss Studien in umliegenden Gemeinden ab. Dies führt zu einer Verlagerung der Arbeitsplätze in die Aussengemeinden. In Winterthur gibt es gemäss Nachhaltigkeitsbericht aber heute schon zu wenig Arbeitsplätze und zu wenig neue Firmengründungen. Mit den geplanten Regulierungen wird die Schaffung von 10000 neuen Arbeitsplätzen zum Lippenbekenntnis. Dies hat auch der Stadtrat erkannt und empfiehlt die PPVO deshalb zur Ablehnung. In Winterthur leben, wohnen und arbeiten bedeutet für die Arbeitnehmenden Lebensqualität, die nicht fahrlässig geopfert werden darf.

Aus all diesen Gründen setzen sich die Mehrheit der im Winterthurer Gemeinderat vertretenen Parteien, die bürgerlichen Jungparteien, diverse Organisationen sowie zahlreiche Verbände der Winterthurer Wirtschaft gegen die PPVO ein. Setzen auch Sie ein Zeichen für die Wohn- und Arbeitsstadt Winterthur und werden Sie unter www.ppvoinn.ch Mitglied im Komitee. Stimmen Sie am 18. Oktober 2015 Nein zur Parkplatzverordnung!

Komitee «Nein zur Parkplatzverordnung»

tribüne: fdp-kantonsrat dieter kläy

Darf Bildung kosten?

Der Kantonsrat wird sich in Kürze mit der Bildungsinitiative befassen. Sie fordert die generelle Kostenbefreiung für den Besuch von öffentlichen Bildungseinrichtungen im Kanton Zürich. Ein verlockendes Angebot, das allerdings die Eigenverantwortung des Individuums und die jüngste Stipendienreform ausblendet.



weise vom Arbeitgeber übernommen werden. An der Zürcher Fachhochschule und an der Universität werden Studien- und Prüfungsgebühren erhoben. Dazu kommen administrative Gebühren bei der Einschreibung und je nach Studiengang fachspezifische Gebühren.

Mehr Stipendien geplant

Dass Bildung nicht allein vom Geldbeutel abhängen soll, ist unbestritten. Bereits heute haben wir im Kanton Zürich eine gut ausgebauten Stipendiensystem, das jene berücksichtigt, die wirklich Unterstützung benötigen. Erst Mitte März dieses Jahres hat der Kantonsrat eine Stipendienreform beschlossen. Ziele sind mehr Bildungsförderung, Anreize für den raschen Ausbildungsabschluss und weniger administrativer Aufwand. Mit der Reform werden Eltern entlastet. Die Bezügerquote wird erhöht. Der Aufwand für Ausbildungsbeiträge von heute rund 37,6 Mio. Franken jährlich soll um 5 bis 7 Mio. aufgestockt werden. Künftig können mehr Personen unterstützt werden. Die Neuerungen im Bildungsgesetz treten in Kraft, wenn die dazugehörige Verordnung verabschie-

det ist. Ausserdem hat der Kantonsrat den Beitritt zum Stipendienkonkordat beschlossen, das gesamtschweizerisch Mindeststandards zur formellen und materiellen Harmonisierung der Ausbildungsbeiträge festlegt. Einheitliche bildungs- und sozialpolitische Wirkungsziele werden vereinbart. Chancengleichheit, Zugang zur Bildung und Existenzsicherung während der Ausbildung sollen unterstützt werden.

Mittelkonkurrenz vermeiden

Die von der Bildungsinitiative angestrebte Aufhebung der Studiengebühren und der anderen Gebühren würde zu höheren Kosten im Bildungswesen führen. Bei Annahme der Initiative würden bei den Mittel- und Berufshochschulen jährlich Mehrkosten von rund 29 Mio. anfallen. Der übrige Berufsbildungsbereich würde Mehrkosten von 50 Mio. jährlich nach sich ziehen. Im Hochschulbereich ist mit zusätzlich 37 Mio. zu rechnen. Diese Beträge müssten anderswo im Bildungsbereich des Kantons eingespart oder zusätzlich zum Beispiel über eine Steuererhöhung beschafft werden.

Gerechtigkeit in der Berufsbildung schaffen

Wenn schon mehr Gerechtigkeit in der Bildungsfinanzierung geschaffen wer-

den soll, dann durch die Förderung der Höheren Berufsbildung. Der Bund soll Absolventen von Vorbereitungskursen in der Höheren Berufsbildung finanziell stärker unterstützen. Die Höhere Berufsbildung muss vom Bund mit jährlich 100 Millionen Franken zusätzlich unterstützt werden. Vor dem Hintergrund der Masseneinwanderungsinitiative und dem zu erwartenden Fachkräftemangel werden diese Beiträge gut investiertes Geld sein. Weiterbildungswillige werden so entlastet.

Eigenverantwortung leben

Die Schweiz hat ein durchlässiges, qualitativ hochwertiges Bildungswesen, das soziale Chancengerechtigkeit ermöglicht. Die FDP unterstützt das und betrachtet insbesondere eine solide Ausbildung als wesentlichen Grundstein für den Wirtschaftsstandort. Dass die Volksschule ganz, die Mittel- und Berufshochschulen hauptsächlich kostenfrei sind, ist unbestritten. Universität und Fachhochschulen müssen aber nicht gratis sein. Wer eine höhere Bildung anstrebt, soll dafür zahlen müssen. Die Bildungsinitiative ist überflüssig und deshalb abzulehnen.

Dieter Kläy, Winterthur, ist FDP-Kantonsrat.

Listennummern

Kanton Zürich: Am 6. August ist die Frist für das Einreichen der Nationalrats-Wahlvorschläge abgelaufen. Das Statistische Amt hat, aufgrund der Parteistärke im Rat, die folgenden Listennummern ermittelt: 01 SVP, 02 SP, 03 FDP, 04 GLP, 05 Grüne, 06 BDP, 07 CVP, 08 EVP. Für die übrigen Listen wurden die Nummern ausgelost. So hat unter anderem die Piratenpartei die Nummer 16, die AL die 19, die Jungfreisinnigen die 12, die Jungen Grünen die 15 und die Junge SVP die Listennummer 14 erhalten. red.

politisches schaufenster

Auf der Seite «Politschau» werden politische Themen redaktionell angegangen. Politikerinnen und Politiker sowie Parteien und Organisationen aus Winterthur und der Region haben aber auch die Möglichkeit, sich gegen Bezahlung zu präsentieren, politische Anliegen zu vertreten und Stellung zu Projekten, Vorlagen und Wahlen zu beziehen. Diese Artikel müssen vom Autor oder von der Partei jeweils namentlich gekennzeichnet sein. Bei diesen Beiträgen handelt es sich nicht um die politische Positionierung der Redaktion. red.

Weitere Infos/Konditionen:

Telefon: 052 266 99 80; redaktion@stadl-online.ch